



Dringlichkeits-Antrag

der CDU

Stellenabbau der HSH Nordbank am Standort Kiel verhindern

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, sich mit aller Kraft für einen vollständigen Erhalt der Arbeitsplätze der HSH Nordbank am Standort Kiel einzusetzen.

In der gegenwärtigen Lage der HSH Nordbank darf sich ein weiterer Stellenabbau nicht nur nach politischen Kriterien richten, sondern muss sich vorrangig an betriebswirtschaftlichen Fakten orientieren. Anstatt am kostengünstigeren Standort Kiel Stellen abzubauen, sind vielmehr die in der Bank vorhandenen Konzepte für eine stärkere Verlagerung von Arbeitsplätzen im Back-Office-Bereich in die leerstehenden Räumlichkeiten der Bank in Kiel umzusetzen.

Eine Zustimmung der Vertreter des Landes in den Gremien der HSH Nordbank zu einem weiteren Stellenabbau darf es deshalb nur dann geben, wenn gleichzeitig ein Konzept zur Zentralisierung des Back-Office-Bereichs am Standort Kiel beschlossen und umgesetzt wird.

Begründung:

Ein zusätzlicher Abbau von 500 Arbeitsplätzen bei der HSH Nordbank würde den Standort Kiel anteilig mit bis zu 250 Stellen treffen. Vor diesem Hintergrund gilt es, politische und bankinterne Widerstände gegen eine Verlagerung des gesamten Back-Office-Bereichs nach Kiel zu überwinden. Auf diese Weise könnte ein Arbeitsplatzabbau am Standort gänzlich oder zumindest weitgehend vermieden werden. Gleichzeitig würde die HSH Nordbank von der kostengünstigeren Struktur am Standort Kiel profitieren und dadurch zusätzliche Einsparungen realisieren.

Tobias Koch
und Fraktion